

### Bekanntmachung

Die Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 24.11.2015 statt.

Beginn: 17:15 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Bereits um **16:00 Uhr** findet für alle Mitglieder ein Vor-Ort-Termin in den Räumlichkeiten der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen Stralsund (KISS) in der Mönchstraße 17 statt.

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Vor-Ort-Termin bei der KISS um 16:00 Uhr
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 20.10.2015
- 4 Beratung zu Beschlussvorlagen
  - 4.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2016 der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0051/2015
- 5 Beratung zu aktuellen Themen
  - 5.1 Auswertung Besuch der KISS
  - 5.2 Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: AN 0121/2015  
  
Alternativantrag zu TOP 9.10 „Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten“  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: AN 0128/2015
  - 5.3 Sachstand zu Graffitis in Stralsund
  - 5.4 Sachstand Spielplätze in Stralsund
- 6 Verschiedenes

#### Nichtöffentlicher Teil

- 7 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 8 Beratung zu aktuellen Themen

Öffentlicher Teil

- 10      Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von  
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert  
Vorsitz

# TOP Ö 3

Hansestadt Stralsund

Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

## Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 20.10.2015  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:30 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

#### stellv. Vorsitzende/r

Herr Reinhard Kremser

#### Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen ab 17:02 Uhr  
Herr Heino Fleischer bis 18:00 Uhr  
Frau Kerstin Friesenhahn ab 17:02 Uhr  
Frau Anett Kindler  
Frau Maria Quintana Schmidt  
Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

#### Vertreter

Herr Thomas Lewing Vertretung für Herrn Harald Ihlo

#### Protokollführer

Frau Gaby Ely

#### von der Verwaltung

Frau Steffi Behrendt  
Frau Sarah Cornils  
Frau Angelika Hinrichs  
Frau Eva Schubert  
Frau Doreen Storbeck  
Herr Heino Tanschus

#### Gäste

Herr Richard Kreutzberg

### **Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 29.09.2015
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: AN 0121/2015

Alternativantrag zu TOP 9.10 „Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten“

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: AN 0128/2015

- 4.2 Gedenken an "Sternenkinder"
- 4.3 Beratung zum Thema "Obdachlose"
- 4.4 zur Eröffnung einer Rubrik "Unsere neuen Nachbarn" im Internetportal der Hansestadt  
Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten  
Vorlage: AN 0102/2015
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen einstimmig bestätigt.

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 29.09.2015**

Die Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 29.09.2015 wird bestätigt.

Abstimmung: 4 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

#### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

- zu 4.1 **Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten**  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: AN 0121/2015

**Alternativantrag zu TOP 9.10 „Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten“**

**Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**Vorlage: AN 0128/2015**

Frau Ehlert teilt mit, dass es sich um einen verwiesenen Antrag aus der Bürgerschaft handelt.

Frau Kindler regt an, dass im Ausschuss der Alternativantrag behandelt werden sollte, da er der weitreichendere Antrag sei.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, den Alternativantrag zu behandeln.

Frau Hinrichs, Leiterin der Organisationsabteilung, erklärt, dass die Stelle der Behindertenbeauftragten und die der Ausländerbeauftragten auf einer Planstelle zusammengefasst sind. Sie erläutert die Entstehung der gemeinsamen Planstelle der Ausländer- und Behindertenbeauftragten mit derzeit 30 Wochenstunden.

Weiter weist Frau Hinrichs auf die gesetzlichen Grundlagen in der Kommunalverfassung, in der Hauptsatzung der Hansestadt Stralsund und in der Allgemeinen Geschäftsweisung der Verwaltung hin.

Frau Hinrichs macht Ausführungen zum derzeitigen Aufgabenbereich. Sie weist darauf hin, dass der Tätigkeitsbericht krankheitsbedingt noch aussteht.

Frau Hinrichs stellt klar, dass die Unterbringung der Asylbewerber in der Stadt auf dem Dänholm in der Gemeinschaftsunterkunft erfolgen würde. Betrieben wird die Unterkunft von den Maltesern und dem Landkreis Vorpommern-Rügen. Bisher von der Verwaltung in diesem Zusammenhang wahrgenommene Aufgaben – zum jetzigen Zeitpunkt würden von der Hansestadt noch 32 Plätze für die dezentrale Unterbringung betreut – werden ab dem 1. Januar 2016 ebenfalls vom Landkreis Vorpommern-Rügen wahrgenommen.

Frau Hinrichs beendet ihren Redebeitrag mit dem Hinweis, dass die Ausländerbeauftragte bisher nur eine geringe in Stralsund lebende Anzahl von Asylbewerbern betreuen musste und dementsprechend die Aufgaben der Ausländer- und Behindertenbeauftragten auf einer Stelle gebündelt wurden.

Frau Ehlert erkundigt sich, ob ein Ende der Erkrankung der jetzigen Ausländerbeauftragten in Sicht sei. Frau Hinrichs informiert die Anwesenden, dass diese in 14 Tagen wieder arbeitsfähig sein soll.

Auf Nachfrage von Frau Kindler bestätigt Frau Hinrichs, dass die Zusammenlegung der Stellen der Behinderten- und Ausländerbeauftragten 2003 erfolgte und dass ihr nicht bekannt sei, dass Frau Hertwig bald in den Ruhestand gehen würde.

Frau Friesenhahn erkundigt sich nach den Aufgaben der Ausländerbeauftragten bei einem Stundenumfang von 40 Wochenstunden. Frau Hinrichs fügt ihren anfänglichen Ausführungen ergänzend hinzu, dass die Ausländerbeauftragte eine Interessenvertreterin der Ausländer beim Umgang mit den Behörden und Ansprechpartnerin für die Weiterleitung von Anliegen sein soll.

Auf Anmerkung von Frau Friesenhahn bestätigt Frau Hinrichs, dass bei der Diakonie eine solche Stelle angesiedelt ist und dass die Hansestadt Stralsund der Diakonie diesbezüglich zwei Arbeitsräume für Beratungstätigkeiten vermietet. Mit Hinweis auf den Aufgabenbereich der Migrationsbeauftragten in anderen Städten in Mecklenburg-Vorpommern erklärt Frau Hinrichs, dass die Aufgabenstellung der Ausländerbeauftragten im Interesse der ausländischen Mitbürger frei gestaltet werden könne.

Frau Dr. Carstensen verleiht ihrer Freude über die neue Website „Flüchtlinge in Stralsund“

auf der offiziellen Website der Hansestadt Ausdruck. Trotz Zuständigkeit des Landkreises und Beratungstätigkeiten der Diakonie empfindet sie es als sehr wichtig, dass die Hansestadt Stralsund ihre eigene Integrationsbeauftragte hat und diese auch bei der Verwaltung angesiedelt ist.

Frau Kindler weist darauf hin, dass die freien Träger lediglich bei den Behördengängen unterstützend tätig sind. Sie könnten nicht die eigentlichen Aufgaben einer Integrationsbeauftragten, die bei der Verwaltung der Hansestadt Stralsund angesiedelt ist, übernehmen. Frau Kindler gibt zu bedenken, dass die Flüchtlingszahlen steigen und dass dies zu einem sehr hohen Beratungsbedarf u. a. bei Vereinen und bei Einzelhändlern führen werde. Ihrer Ansicht nach ist es sehr wichtig, dass jemand die Koordinierung der ehrenamtlichen Tätigkeiten übernimmt. Genau das würde auch die Ausländerbeauftragte des Landkreises Vorpommern-Rügen machen. Sie gibt auch zu bedenken, dass momentan allorts Spannungen in der Gesellschaft zu erleben sind und dass eine Integrationsbeauftragte dazu beitragen könne, diese Spannungen abzubauen, indem sie die Integration der Flüchtlinge vorantreibt und die Ängste in der Bevölkerung abbaut.

Frau Dr. Stahlberg äußert ihren Unmut, dass die Aufgaben der Behinderten- und Ausländerbeauftragten momentan aufgrund von Krankheit nicht erfüllt werden. Sie fragt nach der für die Position notwendigen Qualifizierungen im sprachlichen und kulturellen Bereich und macht auf die Notwendigkeit der Einrichtung von Mechanismen aufmerksam, um die jetzige Stelleninhaberin gesundheitlich zu stabilisieren, damit diese dem Arbeitsaufwand gerecht werden kann.

Frau Friesenhahn stellt zusammenfassend fest, dass die künftige Ausländerbeauftragte sowohl Ansprechpartnerin für die Ausländer als auch für die Stralsunder sein soll. Im Falle weiterer Fragen könne sie sich an den Landkreis wenden.

Frau Ehlert unterstreicht die Problematik des Flüchtlingsansturms und stellt noch einmal fest, dass es infolge des krankheitsbedingten Ausfalls von Frau Hertwig momentan keinen Ansprechpartner in der Hansestadt gibt. Ihrer Ansicht nach muss schnellstmöglich eine Vertretung für die Zeit von Frau Hertwigs Abwesenheit gefunden werden. Diese Person muss die Aktivitäten der freien Träger bündeln und Kontakt zum Landkreis aufnehmen.

Frau Hinrichs macht auf die Personalsituation in der Hansestadt Stralsund aufmerksam und erläutert, dass für kurzfristige krankheitsbedingte Ausfälle von Beschäftigten keine Vertretung vorgesehen ist. Es obliegt Herrn Albrecht, die Vertretung zu organisieren, da die Ausländerbeauftragte in seinem Zuständigkeitsbereich angesiedelt ist. Sie werde Herrn Albrecht diesbezüglich kontaktieren.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert erklärt Frau Hinrichs, dass es keine Deckungsquelle im Stellenplan gibt, die für die Stundenerhöhung zur Verfügung steht.

Frau Ehlert stellt die weitere Vorgehensweise zur Disposition.

Frau Kindler regt an, das Gespräch mit dem Innenministerium zu suchen. Sie verweist weiterhin auf den Haushalt 2016 für die Suche nach einer Deckungsquelle.

Auf Anregung von Herrn Lewing schlägt Frau Ehlert vor, den Antrag zwecks Prüfung auf Umsetzung an den OB zu verweisen, womit die Ausschussmitglieder einverstanden sind. Sie unterstreicht noch einmal die hohe Priorität und will als Ausschussvorsitzende um eine schnellstmögliche Antwort bitten. Sie regt an, die Situation in den Fraktionen noch einmal zu beraten.

Frau Kindler weist darauf hin, dass die einzelnen Fraktionen diesbezüglich Anträge für den Stellenplan des Haushaltes 2016 stellen können.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert signalisieren die Ausschussmitglieder ihr Einverständnis, dass der Antrag an den OB verwiesen wird. Sie legt fest, dass dieser Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung vertagt wird.

#### **zu 4.2 Gedenken an "Sternenkinder"**

Frau Kindler schlägt vor, auf dem Stralsunder Zentralfriedhof eine Gedenkstelle für totgeborene Kinder, sog. „Sternenkinder“, zu schaffen.

Frau Schubert erklärt, dass es in Stralsund keine Sternenkinderanlage gibt, weil fehl- und totgeborene Kinder laut Gesetz über das Krankenhaus bestattet werden müssen, wenn die Eltern dies nicht selbst übernehmen können oder wollen. Die Beerdigung findet dabei in einer Urne nach Sammelkremation in Greifswald statt. Dort befindet sich auch die entsprechende Sternenkinderanlage für die Fehl- und Totgeburten in Stralsund.

Frau Schubert teilt mit, dass die Kindergräber auf dem Stralsunder Zentralfriedhof in die Kernbereiche der Friedhofsentwicklung integriert wurden.

Sternenkindergräber sind gebührenfinanzierte Kindergräber. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen sind Sternenkindergräber jedoch eine Aufgabe, die vom Zentralfriedhof nicht umzusetzen sind, da dieser kostendeckend wirtschaften muss. Frau Schubert unterstreicht, dass Flächen zur Verfügung stehen würden, der Friedhof jedoch auf externe Gelder angewiesen ist.

Frau Schubert verweist für weitere Informationen auf die Broschüre „Familienlotse“, in der auf die „Schmetterlingskindergrabanlage“ in Greifswald hingewiesen wird und zusätzlich auf die Website des Zentralfriedhofs, wo diese auch abgerufen werden kann.

Sie stellt zudem eine Kostenaufstellung für eine Sternenkinderanlage in Aussicht, die sie den Ausschussmitgliedern nachreichen wird.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn erklärt Frau Schubert, dass die Finanzierung in Greifswald über das Krankenhaus gesichert ist.

Frau Kindler teilt den Anwesenden mit, dass die Stadt Bergen sowohl ein Hospiz als auch eine Sternenkinderanlage hat und dass sich das Sana-Krankenhaus ebenfalls engagiert. Sie regt daher an, das Helios-Klinikum zu kontaktieren und Herrn Möller zu einem Vortrag in den Ausschuss einzuladen. Es sollte zudem das Gespräch mit den Kirchgemeinden in Stralsund gesucht werden.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert bestätigt Frau Schubert, dass sie dem Ausschuss eine Kostenaufstellung vorlegen wird. Frau Ehlert unterstreicht abschließend die Notwendigkeit, das Helios-Klinikum in die Beratung miteinzubeziehen.

#### **zu 4.3 Beratung zum Thema "Obdachlose"**

Herr Tanschus erläutert, dass die Hansestadt Stralsund nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz verantwortlich ist, Obdachlosigkeit zu verhindern. Herr Tanschus erklärt, dass das Ordnungsamt diese Aufgabe zusammen mit dem DRK erfüllt, welches das Obdachlosenheim in Stralsund betreibt. Er stellt in diesem Zusammenhang Herrn Hoth, Leiter der Obdachlosenunterkunft in der Mühlgrabenstraße 10, vor.

Herr Tanschus schildert die verschiedenen Situationen, in denen es zur Obdachlosigkeit kommen kann.

Herr Tanschus informiert umfassend zum Stralsunder Obdachlosenheim.

Herr Hoth teilt den Anwesenden die Belegungsstatistik der vergangenen Jahre mit und stellt klar, dass diese tendenziell steigend ist.

Herr Hoth schildert weiter, dass die Bewohner immer jünger werden und Alkoholismus, Drogenmissbrauch und häusliche Gewalt zentrale Probleme sind. Es findet eine Zusammenarbeit mit dem Frauenschutzhaus statt. Dieses nimmt die Frauen mit Kindern auf.

Herr Hoth informiert die Anwesenden, dass das Obdachlosenheim für die Neuzugänge eine Kleiderkammer und eine eigene Dusche vorhält, um den Hygienestandards zu genügen. Über jeden neuen Bewohner wird eine Bewohnerakte angelegt. In diesem Zusammenhang seien die Kontakte zur JVA und zum Krankenhaus West sehr hilfreich. Herr Hoth weist dabei auf das Programm „Schwitzen statt Sitzen“ hin, das in Zusammenarbeit mit der JVA läuft. Hier hätten Häftlinge im offenen Vollzug die Möglichkeit, sechs Stunden am Tag gemeinnützige Arbeit zu leisten, wodurch ihnen ein Hafttag erlassen wird. Das Obdachlosenheim ist dabei eine mögliche Station.

Der Leiter schildert, dass die Verweildauer der Bewohner zwischen 14 Tagen und fünf Jahren schwankt. Die zum Teil sehr lange Verweildauer ist auch darauf zurückzuführen, dass im Falle von Mietschulden diese erst vollständig getilgt werden müssen, bevor von den Wohnungsgesellschaften neuer Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Er erklärt, dass Herr Tanschus regelmäßig über die Verweildauer der Bewohner informiert wird.

Herr Hoth macht deutlich, dass der Genuss von hochprozentigem Alkohol im Hause verboten sei und dass dieses Verbot von den Bewohnern auch weitgehend beachtet wird.

Herr Tanschus macht deutlich, dass das Ordnungsamt mit dem DRK und Herrn Hoth über einen sehr verlässlichen Partner verfügt. Zusätzlich zu den Angeboten des Obdachlosenheims findet jedes Jahr im Herbst eine Konferenz des Ordnungsamtes in Zusammenarbeit mit Polizei, Zoll, Bundespolizei und den Sozialverbänden statt, auf der die Hilfsangebote für die Obdachlosen im Winterhalbjahr verglichen und abgestimmt werden. Er unterstreicht abschließend, dass es in den letzten Jahren keine Fälle von erfrorenen Obdachlosen gab.

Frau Ehlert bedankt sich bei Herrn Hoth für seine Arbeit und schlägt vor, der Einladung zur Besichtigung des Obdachlosenheimes bereits im Januar nachzukommen.

Frau Dr. Stahlberg spricht Herrn Hoth ihre Hochachtung aus. Sie erklärt, dass sie die Einrichtung kennt und stellt fest, dass die Belegungszahlen im Vergleich zu früheren Jahren mittlerweile ganzjährig hoch sind und nicht mehr nur in den Wintermonaten.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn erklärt Herr Tanschus, dass das Ordnungsamt zur Förderung der Integrationsfähigkeit der Bewohner mit dem Jobcenter und dem Sozialamt in Kontakt steht. Eine dauerhafte Unterbringung sei nicht vorgesehen.

Frau Kindler fragt für Frau Quinatana Schmidt, was im Falle einer Überbelegung passiert und wie der Ausschuss unterstützend mitwirken kann. Herr Hoth antwortet, dass in einem solchen Fall ein Ein-Bett-Zimmer kurzfristig zu einem Zwei-Bett-Zimmer oder Drei-Bett-Zimmer umgewandelt wird.

Herr Tanschus ergänzt, dass bei Engpässen kurzfristig auch die Anmietung von Wohnraum, wie z. B. ein Hotelzimmer, möglich ist und erklärt auf Nachfrage von Frau Kindler, dass es bei der Obdachlosenunterkunft zum einen darum geht, Wohnraum zur Verfügung zu stellen und zum anderen, ein niederschwelliges Motivationsangebot zu unterbreiten, das die Bewohner wieder zu einer Integration in ein normales Wohnumfeld animiert.

Herr Tanschus macht deutlich, dass man in Deutschland grundsätzlich obdachlos sein darf. Genaue Angaben zur Obdachlosenanzahl in Stralsund könne er nicht machen, jedoch verweist er auf das vorherrschende Stadtbild ohne Obdachlose.

Auf Nachfrage von Friesenhahn antwortet Herr Hoth, dass im Falle einer Zwangsräumung die Möbel für drei Monate kostenpflichtig eingelagert werden.

Die Anwesenden sind sich einig, das Obdachlosenheim im Januar zu besuchen und dort weiter über die Problematik ins Gespräch zu kommen.

**zu 4.4      zur Eröffnung einer Rubrik "Unsere neuen Nachbarn" im Internetportal der Hansestadt**  
**Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten**  
**Vorlage: AN 0102/2015**

Frau Behrendt informiert die Anwesenden darüber, dass die Verwaltung auf der offiziellen Website der Hansestadt Stralsund unter [stralund.de/fluechtlinge](http://stralund.de/fluechtlinge) darum bemüht ist, den Informationsbedarf zu decken. Sie betont dabei, dass diese Bemühungen lediglich einen Anfang darstellen und fortgesetzt werden.

Frau Dr. Carstensen bedankt sich und regt an, dass die Ausländerbeauftragte der Stadt diese Website weiter pflegen könnte.

Frau Behrendt betrachtet den Auftrag der an die Verwaltung gegeben wurde als erfüllt.

Ein entsprechendes Schreiben geht an den Präsidenten der Bürgerschaft.

**zu 5            Verschiedenes**

Auf Bitten von Frau Dr. Carstensen erklärt sich Frau Ehlert bereit, dass der Verein „Chamäleon Stralsund e. V.“ erneut in den Ausschuss eingeladen werden soll, um über den neuesten Stand der Dinge zu berichten.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert erklärt Frau Friesenhahn, dass es keine Neuigkeiten bzgl. des verschmutzten Spielplatzes im Philipp-Julius-Weg gibt. Herr Bogusch hat jedoch festgestellt, dass es sich bei dem betreffenden Spielplatz nicht um einen Spielplatz der Hansestadt Stralsund handelt, sondern um einen der SWG mbH. Frau Ehlert will sich diesbezüglich noch einmal bei Herrn Vettern erkundigen.

Auf weitere Nachfrage von Frau Ehlert berichtet Frau Friesenhahn, dass es bisher auch noch keine Änderung der Situation auf dem Frankendamm gibt, wo auf dem Geh- und Radweg geparkt wird. Frau Friesenhahn teilt zudem mit, dass die Hecke nach wie vor auf dem Tribseer Damm 46 wächst. Frau Ehlert regt an, dass auch in diesem Zusammenhang weitere Erkundigungen eingeholt werden müssen.

Frau Kindler regt bzgl. des Spielplatzproblems an, die Vertreter des Aufsichtsrats der SWG mbH über die derzeitigen Probleme zu informieren.

Frau Friesenhahn schlägt vor, das Thema „Graffiti“ auf die Tagesordnung zu setzen. Sie betont, dass andere Städte mit Reinigungsfirmen kooperieren, die das Graffiti am folgenden Tag entfernen. Es muss ihrer Ansicht nach in diesem Fall eine Lösung gefunden werden.

Frau Ehlert erklärt abschließend, dass das Thema „Graffiti“ auf die nächste Tagesordnung gesetzt wird und die Verwaltung den Auftrag bekommen soll, zum Sachstand und möglichen Lösungswegen zu informieren.

**zu 9      Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen  
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Die Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert, dass es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gab.

gez. Sabine Ehlert  
Vorsitzender

gez. Gaby Ely  
Protokollführung

## **Titel: Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2016 der Hansestadt Stralsund**

Federführung: 20.1 Abt. Haushalts- und Finanzplanung	Datum: 22.10.2015
Bearbeiter: Steinfurt, Gisela	

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
Bürgerschaft	05.11.2015	

### Sachverhalt:

Nach § 45 Abs. 1 KV M-V hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Bevor die Bürgerschaft die Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2016 der Hansestadt Stralsund beschließt, ist der vorliegende Haushaltsplanentwurf nach § 36 Abs. 2 KV M-V unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe in den Ausschüssen der Bürgerschaft zu beraten.

### Lösungsvorschlag:

Auf der Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung sowie der Orientierungsdaten des Ministeriums für Inneres und Sport für die Haushaltsplanung 2016 vom 08.09.2015 wurden die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2016 der Hansestadt Stralsund erstellt. Der Planentwurf umfasst folgende Bände:

- Band I - Vorbericht, Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt und Stellenplan,
- Band II - Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmen,
- Band III - Jahresabschlüsse der städtischen Unternehmen,
- Band IV - Städtebauliche Sondervermögen.

Der Band I wird zur 1. Lesung am 05.11.2015 bereitgestellt. Die Bände II bis IV können aus Kapazitätsgründen jedoch erst bis zum 12.11.2015 zur Beratung vorgelegt werden.

In den darauffolgenden Wochen sollen in den Fraktionen und Ausschüssen der Bürgerschaft intensive und konstruktive Abstimmungen und Diskussionen geführt werden, so dass der Haushaltsplanentwurf 2016 am 10.12.2015 durch die Bürgerschaft beschlossen werden kann. Somit wird die Hansestadt Stralsund mit Beginn des Jahres 2016 der Rechtsaufsicht den Haushaltsplan 2016 für das Genehmigungsverfahren vorlegen können.

Alternativen:  
keine

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2016 werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Finanzierung:

Die Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen werden im Rahmen des Haushaltsplanes 2016 festgesetzt.

Termine/ Zuständigkeiten:

Sofort/ Kämmereiamt

gez. Dr.-Ing. Alexander Badrow

**Titel: Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten**  
**Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 08.09.2015
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	17.09.2015	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen,

dass der Wochenstundenumfang der/des Ausländerbeauftragten im Stellenplan der Hansestadt (Stellennummer 03.10.300) ab dem 01.01.2016 auf 40 Stunden erhöht wird und dieses in der Haushaltsplanung ab 2016 Berücksichtigung findet. Die Kopplung der/des Ausländerbeauftragten mit der Stelle der/des Behindertenbeauftragten ist entsprechend aufzugeben.

Eine Prüfung von Fördermöglichkeiten durch Land und Bund ist vorzunehmen.

Begründung:

Die aktuell veranschlagten Wochenstunden sind gerade in der aktuellen Situation nicht mehr ausreichend um die Vernetzung der verschiedenen Akteure (Vereine, Verbände, politische Gremien etc.) und umfassende Beratungsangebote für Stralsunderinnen und Stralsunder sowie Migrantinnen und Migranten zu gewährleisten.

Der besonderen Herausforderung wollen wir mit dieser Maßnahme Rechnung tragen und dabei die Belastung der VerwaltungsmitarbeiterInnen nicht weiter steigern. Daher ist eine Aufstockung der Stunden notwendig. Auch eine Entflechtung von Ausländerbeauftragter/m und Behindertenbeauftragter/m ist vor diesem Hintergrund sinnvoll.

# TOP Ö 5.2

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.10**

**Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten**

**Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**Vorlage: AN 0121/2015**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Alternativantrages der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Umsetzung der folgenden Punkte ab dem 01.01.2016 Sorge zu tragen und die Berücksichtigung in den Haushaltsplanungen ab 2016 zu veranlassen:

1. Die gekoppelte Stelle der „Ausländer- und Behindertenbeauftragten“ (Stellennummer 03.10.300) wird gestrichen.
2. Es wird eine Vollzeitstelle (40 Stunden/Woche) für eine/n Integrationsbeauftragte/n geschaffen.
3. Es wird eine Teilzeitstelle (20 Stunden/Woche) für eine/n Behindertenbeauftragte/n geschaffen.

Beschluss-Nr.: 2015-VI-07-0260

Datum: 17.09.2015

Im Auftrag

Gez. Kuhn

# TOP Ö 5.2

## **Auszug aus der Niederschrift über die 07. Sitzung der Bürgerschaft am 17.09.2015**

**Zu TOP : 9.10  
Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: AN 0121/2015**

Herr Suhr bringt einen Alternativantrag ein und begründet ihn ausführlich.

Der Präsident fordert den Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf, unverzüglich das Filmen der Sitzung einzustellen.

Herr Philippen protestiert aufs Schärfste zu diesem Verhalten.

Herr Wilmes erklärt, dass er Herrn Suhr im Porträt filmte, entschuldigt sich dafür und wird die Aufnahme sofort löschen.

Frau Steffen befürwortet den Antrag und betont, dass zwingend über die Frage der Stundenerhöhung beider Beauftragten zu prüfen wäre.

Herr Bauschke beantragt die Verweisung der Beratung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung, da noch Beratungsbedarf besteht und hier eine genaue Prüfung der Stelle erfolgen kann.

Herr Arendt stellt folgenden Änderungsantrag,

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Umsetzung der folgenden Punkte ab dem 01.01.2016 Sorge zu tragen und die Berücksichtigung in den Haushaltsplanungen ab 2016 zu veranlassen:

1. Die gekoppelte Stelle der „Ausländer- und Behindertenbeauftragten“ (Stellennummer 03.10.300) wird gestrichen, dafür wird ein Ausländerrückführungsbeauftragter eingestellt.
2. Es wird eine Vollzeitstelle (40 Stunden/Woche) für diese/diesen Ausländerrückführungsbeauftragten geschaffen.
3. Es wird eine Teilzeitstelle (40 Stunden/Woche) für eine/n Behindertenbeauftragte/n geschaffen.

Der Ergänzungsantrag sollte in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung verwiesen werden.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

Mehrheitlich abgelehnt

Herr Paul stellt den Antrag auf Verweisung der Beratung des Alternativantrages in den Ausschuss wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Umsetzung der folgenden Punkte ab dem 01.01.2016 Sorge zu tragen und die Berücksichtigung in den Haushaltsplanungen ab 2016 zu veranlassen:

1. Die gekoppelte Stelle der „Ausländer- und Behindertenbeauftragten“ (Stellennummer 03.10.300) wird gestrichen.
2. Es wird eine Vollzeitstelle (40 Stunden/Woche) für eine/n Integrationsbeauftragte/n geschaffen.
3. Es wird eine Teilzeitstelle (20 Stunden/Woche) für eine/n Behindertenbeauftragte/n geschaffen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2015-VI-07-0260

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 02.10.2015

# TOP ernativantrag



Anträge  
Vorlage Nr.: AN 0128/2015  
öffentlich

**Titel: Alternativantrag zu TOP 9.10 „Stundenaufstockung der/des  
Ausländerbeauftragten,,  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 17.09.2015
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Umsetzung der folgenden Punkte ab dem 01.01.2016 Sorge zu tragen und die Berücksichtigung in den Haushaltsplanungen ab 2016 zu veranlassen:

1. Die gekoppelte Stelle der „Ausländer- und Behindertenbeauftragten“ (Stellennummer 03.10.300) wird gestrichen.
2. Es wird eine Vollzeitstelle (40 Stunden/Woche) für eine/n Integrationsbeauftragte/n geschaffen.
3. Es wird eine Teilzeitstelle (20 Stunden/Woche) für eine/n Behindertenbeauftragte/n geschaffen.

Begründung:

Die aktuell veranschlagten Wochenstunden für Integrations- und Aufklärungsarbeit im Bereich Migration sind gerade in der aktuellen Situation nicht mehr ausreichend um die Vernetzung der verschiedenen Akteure (Vereine, Verbände, politische Gremien etc.) und umfassende Beratungsangebote für Stralsunderinnen und Stralsunder sowie Migrantinnen und Migranten im Bereich Integration zu gewährleisten. Durch die Schaffung einer Vollzeitstelle in diesem Bereich können die erheblichen Zuwächse an Beratungsbedarf abgedeckt werden, ohne die VerwaltungsmitarbeiterInnen (noch) stärker zu belasten.

Im Bereich der Behindertenarbeit sind in den letzten Jahren keine großen Änderungen der Notwendigkeiten zu verzeichnen gewesen, daher ist anzunehmen, dass der bisherige Stellenumfang mit einer leichten Erhöhung der wichtigen Arbeit angemessen ist.

Die aktuelle Kopplung der Stellen der Ausländer- und der Behindertenbeauftragten ist zudem in sofern nicht förderlich, dass eine vertiefte Befassung mit den jeweiligen Feldern (aufgrund der Vielzahl der Akteure und der Unterschiedlichkeit der Rahmenbedingungen) erschwert

wird.

Die Umbenennung der „Ausländerbeauftragten“ in „Integrationsbeauftragte“ trägt dem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Konsens zu dieser Wortwahl Rechnung.